

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

16. WP - 35. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. Juni 2007, 9:00 Uhr,  
im Wikinger Museum Haithabu, Schleswig

### **Anwesende Abgeordnete**

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Hartmut Hamerich (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entschließung des Bundesrates für Eckpunkte zur Zulassung von Saisonarbeitskräften aus Ost- und Mitteleuropa</b>	<b>4</b>
Berichterstatter: M Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
<b>2. „Maritime Politik im Fokus der Parlamente“ - Nachbereitung der Konferenz</b>	<b>6</b>
<b>3. Resolutionsentwurf für die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin</b>	<b>7</b>
Berichterstatter: Landtagsdirektor Dr. Jürgen Schöning	
<b>4. Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland“ - Kommentare zum Zwischenbericht</b>	<b>10</b>
Umdruck 16/1881	
<b>5. 7. Forschungsrahmenprogramm 2007 bis 2013 der EU</b>	<b>11</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1213 hierzu: Umdruck 16/1811	
<b>6. Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung (REACH) in Schleswig-Holstein</b>	<b>12</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1285	
<b>7. Zusammenarbeit mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft</b>	<b>13</b>
Terminabsprache	
<b>8. Nordseekooperation</b>	<b>14</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1125 - Verfahrensfragen - hier: Festlegung des Kreises der Anzuhörenden hierzu: Umdrucke 16/1860, 16/1885, 16/2005	
<b>9. Verschiedenes</b>	<b>15</b>

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Entschließung des Bundesrates für Eckpunkte zur Zulassung von Saisonarbeitskräften aus Ost- und Mitteleuropa**

Berichterstatter: M Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

M Döring verweist zunächst auf die Eckpunkterege lung aus dem Jahr 2005. Es gehe dabei hauptsächlich um ausländische Saisonarbeitskräfte, die in der Vergangenheit besonders aus Polen nach Deutschland gekommen seien. Damals sei festgelegt worden, dass man deutschen Arbeitslosen vor ausländischen Saisonarbeitskräften den Vorzug geben sollte. Die ursprüngliche Regelung habe vorgesehen, dass nur 80 % der Arbeitskräfte aus dem Ausland stammen dürften, während 10 % der Arbeitskräfte aus Deutschland stammen. Der restliche Teil habe nach einer individuellen Prüfung der Vermittlungsmöglichkeiten inländischer Arbeitssuchender gegebenenfalls auch mit ausländischen Kräften besetzt werden können.

Im Jahr 2006 habe man festgestellt, dass dies bei Weitem nicht erfüllt werden könne. Man habe sich daraufhin einer Initiative von Baden-Württemberg angeschlossen, die darauf abziele, nur 10 % der Arbeitskräfte aus Deutschland zu rekrutieren und auf eine individuelle Prüfung zu verzichten. Im Jahr 2006 habe sich herausgestellt, dass diese Zahlen unrealistisch seien. Es sei schon schwierig, 10 % der Stellen mit deutschen Arbeitslosen zu besetzen. Der baden-württembergische Bundesratsinitiative sei der Bundesarbeitsminister nicht gefolgt, es gebe jetzt aber eine Regelung, die sechs Wochen vor Erntebeginn eine Nachbesserung ermögliche, wenn nicht genügend deutsche Arbeitskräfte vorhanden seien. M Döring stellt dar, er plane Gespräche mit dem Bauernverband, um sich zu erkundigen, welche Auswirkungen die Regelungen auf die Erntesaison gehabt haben.

In Schleswig-Holstein gebe es ein Pilotprojekt mit dem Bauernverband und der ARGE Dithmarschen. Der Bauernverband habe eine Beschäftigungsgesellschaft gegründet, die Arbeitslose für Einsätze in der Landwirtschaft einstelle. Die eingestellten Arbeitslosen stünden vom 1. April 2007 bis Ende des Jahres 2007 unter Vertrag und seien sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Außerhalb der Saison würden diese Arbeitskräfte in der normalen landwirtschaftlichen Arbeit eingesetzt. Der Vorteil liege darin, dass Menschen gezielt auf die körperliche Arbeit der Erntesaison vorbereitet würden. Bisher sei oft das Problem gewesen, dass die Trai-

ningsphase zu kurz gewesen sei. Dithmarschen sei für dieses Pilotprojekt eine Modellregion, es gebe aber auch Interesse aus anderen Regionen Schleswig-Holsteins. Momentan werde das Projekt noch stark bezuschusst, dies solle sich aber ändern. Für die Landwirte bestehe der Vorteil darin, dass sie nicht das Risiko tragen müssten. Die Gesellschaft Sorge darüber hinaus dafür, dass im Krankheitsfall Ersatz gestellt würde. Dieses Modell habe in anderen Bundesländern und in Berlin großes Interesse gefunden.

Insgesamt gebe es aber trotz Einsatz dieses Modells nicht genügend Arbeitskräfte, die fähig seien, die Arbeit zu verrichten, um auf die geforderten mindestens 10 % zu kommen. Allerdings sei auch die Zahl der polnischen Erntehelfer geringer geworden, da in anderen europäischen Ländern bessere Löhne gezahlt würden. Man weiche jetzt auf Arbeitskräfte aus Rumänien aus.

Fraglich sei, wie man das Problem dauerhaft lösen könne. Eine Sanktionierung bei Arbeitsverweigerung komme nicht in Frage, da man deutsche Arbeitskräfte nicht zwingen könne, bei der Ernte zu helfen. Solche Arbeitskräfte könne man nicht gebrauchen. Eine Möglichkeit bestehe darin, wieder für die Einrichtung von Dauerarbeitsplätzen in der Landwirtschaft zu sorgen.

Auch die noch bis 2009 geltende Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit müsse in ihrer Wirksamkeit kritisch hinterfragt werden. Mitgliedsländer, in denen Freizügigkeit herrsche, hätten keineswegs durchweg schlechte Erfahrungen gemacht. Allerdings gebe es in anderen Ländern auch andere Ausgangssituationen.

Abg. Ritzek weist darauf hin, dass es in Ländern mit größerer Freizügigkeit nicht nur positive, sondern auch negative Erfahrungen gegeben habe. Ihn interessiert, ob die Besteuerung bei der Frage eine Rolle spiele, ob die jeweilige Arbeit für ausländische Erntehelfer attraktiv sei.

M Döring legt dar, die Entlohnung der Saisonarbeitskräfte werde als Arbeitsentgelt besteuert. Problematisch sei, dass die polnische Sozialversicherung sehr hoch sei, wenn Arbeitnehmer im Ausland arbeiteten. Dies sei auch von der polnischen Regierung intendiert, um Arbeiten im Ausland weniger attraktiv zu machen. Dies sei ein Grund für deutsche Arbeitgeber, auf Erntehelfer aus anderen Ländern auszuweichen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**„Maritime Politik im Fokus der Parlamente“ - Nachbereitung der Konferenz**

Zur Nachbereitung der Konferenz führt Abg. Ritzek aus, es sei nicht alles neu gewesen, was auf der Konferenz besprochen worden sei, es habe aber interessante Aspekte gegeben.

Abg. Fischer betont, dass die Konferenz dafür sorgen könne, dem Thema „Maritime Politik“ in Berlin mehr Gewicht zu verleihen. Dazu sollten die Kollegen aus den norddeutschen Bundesländern zusammenarbeiten und weiterhin gemeinsam für das Thema „Ostsee“ in Berlin werben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Resolutionsentwurf für die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin**

Berichterstatter: Landtagsdirektor Dr. Jürgen Schöning

LD Dr. Schöning erläutert zum Resolutionsentwurf für die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin, der erweiterte ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz habe am 20. Juni 2007 den Entwurf einer Konferenzresolution beraten und einige Änderungen vorgenommen. Die so entstandene Vorlage sei auf Englisch verfasst. Da es sich um eine vorläufige Version handele, sei es möglich, noch Änderungen einzuarbeiten.

Der ständige Ausschuss habe vorgegeben, dass die Konferenzresolution zwei Seiten nicht überschreiten solle. Zudem solle darauf geachtet werden, nur tatsächlich implementierbare Forderungen in die Resolution aufzunehmen. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ solle gesondert beigefügt werden, da diese sonst den Rahmen der Resolution sprengen würden. In ihrem Aufbau entspreche die Konferenzresolution dem Programmschema der Konferenz. Den ersten Teil bilde das Thema „Zusammenarbeit im Ostseeraum“, danach folgten die Themen „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ sowie „Integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion“. LD Dr. Schöning hebt hervor, dass der Absatz zur integrierten Meerespolitik deutlich eine norddeutsche Handschrift trage, da Ergebnisse aus anderen Veranstaltungen wie dem Parlamentsforum Südliche Ostsee eingeflossen seien. Zentral sei dabei die Forderung an den Ostseerat, eine Task-force Meerespolitik für den Ostseeraum einzusetzen. Dies entspreche auch dem Wunsch des Europaministers.

Um Befürchtungen der Russischen Föderation, der Ostseerat solle in der Meerespolitik für die Umsetzung von EU-Politik instrumentalisiert werden, zu zerstreuen, wolle man die möglicherweise missverständlichen Stellen der Schlussresolution noch redaktionell überarbeiten. Darüber hinaus sollten aus Sicht des Auswärtigen Amtes unproblematische Formulierungen aus dem Schlussdokument der Kieler Meereskonferenz sinngemäß übernommen werden. Die Resolution umfasse auch einen Abschnitt, der die Empfehlungen der BSPC-Arbeitsgruppe „Eutrophierung der Ostsee“ enthalte.

Ein weiteres Thema in der Schlussresolution sei das Verhältnis von Ostseeparlamentarierkonferenz und Ostseerat gewesen. Dazu gebe es durchaus kritische Stimmen, da unter schwedischem Vorsitz in den vergangenen zwei Jahren keine nennenswerten Fortschritte in der Zusammenarbeit erzielt worden seien. Verbesserung erhoffe man sich durch die am 1. Juli 2007

beginnende lettische Präsidentschaft im Ostseerat. Es sei auch der Wunsch formuliert worden, die Ostseeparlamentarierkonferenz stärker darüber zu unterrichten, inwiefern Vorschläge der Schlussresolution in den einzelnen Ländern implementiert worden seien. Hier seien auch die Parlamente in der Pflicht, stärker bei den jeweiligen Landesregierungen nachzufragen.

In der Resolution sei darüber hinaus vorgesehen, zwei neue Arbeitsgruppen zu Energiefragen und Klimawandel beziehungsweise Arbeitsmarkt und sozialen Angelegenheiten einzusetzen; die Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ bestehe nicht weiter, da sie ihren Auftrag erledigt habe. Zudem gehe es um Geschäftsordnungsregelungen hinsichtlich der jährlichen Beitragszahlung der Parlamente, die in der Ostseeparlamentarierkonferenz vertreten seien. Das Thema der kommenden 17. BSPC in Visby am 1. und 2. September 2008 werde Energie und Klimawandel sein, den Vorsitz habe dann der Nordische Rat inne.

Abg. Spoorendonk betont, dass auf der letzten Konferenz das Verhältnis zwischen BSPC und Ostseerat eine Rolle gespielt habe. Dies müsse ihrer Ansicht nach auch in der Schlussresolution präziser formuliert werden. Man sei mit der schwedischen Präsidentschaft des Ostseerats nicht zufrieden gewesen. Sie plädiert dafür, sich im Landtag über die Aktivitäten des Ostseerates berichten zu lassen.

M Döring räumt ein, es gebe Probleme mit Russland, bei denen man sehr sensibel sein müsste. Darüber hinaus müsse möglicherweise auch die Rolle des Ostseerates neu definiert werden. Die Brückenfunktion, die der Ostseerat innegehabt habe, als noch die Hälfte der Ostseeanrainerstaaten nicht Mitglieder Europäischen Union gewesen seien, müsse er nun nicht mehr erfüllen, weil sich die Ausgangssituation deutlich verändert habe. Eine neue Aufgabe könne in der gemeinsamen maritimen Politik liegen, in der sich alle Ostseeanrainerstaaten wiederfinden könnten. Er habe mit dem Hamburger Senat schon darüber gesprochen, in welche Richtung diese Aktivitäten konkret gehen könnten. Im Gespräch mit dem Bundesaußenminister habe er den Eindruck gewonnen, dass auch dort großes Interesse bestehe. Auch vonseiten der norwegischen Delegation sei die deutsche Politik ausdrücklich gelobt worden.

Abschließend betont er, dass er sich sehr über eine Einladung der portugiesischen Präsidentschaft und von Kommissar Borg gefreut habe, über das Thema „Integrierte Meerespolitik“ vorzutragen. Das sei eine gute Chance für ein kleines Land wie Schleswig-Holstein.

LD Dr. Schöning betont, dass die Neuausrichtung nur auf der politischen Ebene erfolgen könne.



Abg. Fischer äußert sich positiv zur Resolution, die ein guter Entwurf sei. Er schlägt zudem vor, Frau Dr. Gabriele Kötschau, die derzeitige Direktorin des Sekretariats des Ostseerates, zur gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft einzuladen und sich über die Aktivitäten des Ostseerates berichten zu lassen. - Abg. Spoorendonk pflichtet dem bei.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland“ - Kommentare zum Zwischenbericht**

Umdruck 16/1881

Abg. Spoorendonk betont, die Analyse könne möglicherweise Potenziale aufzeigen, die von der Region noch nicht genutzt würden.

Abg. Fischer regt an zu erwägen, ob noch zusätzliche kleinere Punkte zur Begutachtung und Bewertung durch das Institut in die Kompetenzanalyse einfließen könnten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**7. Forschungsrahmenprogramm 2007 bis 2013 der EU**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1213

(überwiesen am 22. Februar 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 16/1811

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung (REACH) in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1285

(überwiesen am 21. März 2007 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den  
Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Europaausschuss nimmt auch diesen Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Zusammenarbeit mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft**

Terminabsprache

Der Ausschuss kommt überein, als Termin für die gemeinsame Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft den 1. November 2007 ins Auge zu fassen. Ein möglicher Tagesordnungspunkt könne der Europabericht der Landesregierung sein.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Nordseekooperation**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1125

(überwiesen am 15. Dezember 2006 an den **Europaausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

- Verfahrensfragen -  
hier: Festlegung des Kreises der Anzuhörenden

hierzu: Umdrucke 16/1860, 16/1885, 16/2005

Abg. Fischer schlägt für die Anhörung zur Nordseekooperation Vertreter des Wirtschaftsministeriums mit dem Schwerpunkt Außenhandel, des Instituts für Weltwirtschaft und des Nordfriesischen Instituts vor, um auch die kulturelle Zusammenarbeit erörtern zu können.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Europaausschuss kommt überein, die geplante Bürgeranhörung zur Europäischen Union am 6. Juli 2007 durchzuführen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 10:00 Uhr.

gez. Astrid Höfs  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin